

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EUROPAMINISTERIN MÜLLER EMPFÄNGT PRÄSIDIUM DES BAYERISCHEN LANDTAGS IN BRÜSSEL

Das Präsidium des Bayerischen Landtags hat in Brüssel u.a. Gespräche mit den Kommissaren *Oettinger* und *Hahn* sowie mit EP-Vizepräsident *Wieland* geführt. Staatsministerin *Emilia Müller*, empfing die Delegation in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU. Außerdem informierte sich das Landtagspräsidium über die Arbeit der kürzlich eingerichteten Kontakt- und Informationsstelle des Bayerischen Landtags in der Bayerischen Vertretung.

http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/landtag/x/-/www1/2261_6577.htm

http://www.bayern.landtag.de/cps/rde/xchg/landtag/x/-/www1/16_6546.htm

ERWEITERUNG: KROATIEN AUF DER ZIELGERADEN, VERHANDLUNGEN MIT DER TÜRKEI STAGNIEREN, KANDIDATENSTATUS FÜR MONTENEGRO

Die Kommission hat ihre jährlichen Fortschrittsberichte zur Erweiterung der EU vorgelegt und dabei über die Situation der Länder berichtet, die sich in Beitrittsverhandlungen oder in der Phase der Heranführung an die EU befinden. Erweiterungskommissar *Füle* betonte, es müsse sichergestellt werden, dass kein Land der EU beitrifft, ohne dafür „zu 100 % bereit“ zu sein. Ebenso müsse gewährleistet werden, „dass die EU zu 100 % bereit“ sei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1485&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=de>

KOMMISSION LEGT FÜNFTEN KOHÄSIONSBERICHT VOR

Die Kommission hat den „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ vorgelegt. Nach den Worten des federführenden Kommissars *Hahn* hat die Kohäsionspolitik der vergangenen Jahre zur Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten beigetragen und sich auf die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung der EU positiv ausgewirkt. In der Zukunft müsse die Effizienz weiter gesteigert werden. Die Kommission hält an der generellen Förderfähigkeit aller Mitgliedstaaten und Regionen fest. Die Investitionen sollen eng an den Zielen der Strategie „Europa 2020“ ausgerich-



tet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

INNENMINISTER HERRMANN UND BUNDESINNENMINISTERIUM DISKUTIEREN MIT KOMMISSION UND EP ÜBER KATASTROPHENSCHUTZ

Staatsminister *Herrmann* lud am 09.11.2010 gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium zu einer Veranstaltung über „Neue Wege im EU-Bevölkerungsschutz“ ein. Er sprach sich für europäische Solidarität bei Großkatastrophen aus, erteilte aber EU-Katastrophenschutzeinheiten eine Absage; dies sei gemeinsame Haltung von Bundesregierung und Ländern. Kommissarin *Georgieva* stimmte dem in weiten Teilen zu und dankte Deutschland für das starke Engagement bei Großkatastrophen. Auch der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, *Manfred Weber*, hob hervor, dass die Kommission nicht mehr auf dem Aufbau europäischer Katastrophenschutztruppen bestehe.

<http://www.innenministerium.bayern.de/presse/archiv/2010/416.php>

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 08./09.11.2010: INNENPOLITIK

- Visafreiheit für Albanien und Bosnien-Herzegowina beschlossen
<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2010/423.php>
- Terrorismusbekämpfung: Arbeitsgruppe aus Verkehrs- und Innenpolitikern soll Verbesserungen der Sicherheit von Luftfracht prüfen
- *Malmström* will Vorschläge zu Asyl und EURODAC überdenken.

KOMMISSION: MITTEILUNG UND KONSULTATION ZUM DATENSCHUTZ

Die Kommission hat eine Mitteilung über ein „Gesamtkonzept für den Datenschutz in der EU“ vorgelegt und damit eine Konsultation eingeleitet, an der sich interessierte Stellen bis 15.01.2011 beteiligen können. Mitte 2011 will die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1995 vorschlagen.

http://ec.europa.eu/justice/news/consulting_public/news_consulting_0006_en.htm



KOMMISSION LEGT FÜNFTEN KOHÄSIONSBERICHT VOR

Die Kommission hat den „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ vorgelegt. Sie hält an der Förderfähigkeit aller Mitgliedstaaten und Regionen fest. Im Zusammenhang dem territorialen Zusammenhalt als neuem Kohäsionsziel sieht die Kommission den Schwerpunkt insbesondere bei der städtischen Dimension der Kohäsion einschließlich der Verbindungen zwischen Stadt und Land.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 08./09.11.2010 IN BRÜSSEL

- Richtlinie über Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Formen der Cyberkriminalität
- Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen
- Vorschlag für eine Richtlinie über das Recht auf Belehrung in Strafverfahren

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 10.11.2010 IN BRÜSSEL: EU-PATENT

Am 10.11.2010 tagte ein außerordentlicher Wettbewerbsfähigkeitsrat, der sich in öffentlicher Sitzung ausschließlich mit dem umstrittenen Sprachenregime des künftigen EU-Patents befasste. Der Vorsitz stellte am Ende der Sitzung fest, dass die gebotene Einstimmigkeit nicht erreicht werden kann. Als möglicher nächster Schritt wird nunmehr die Einleitung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit diskutiert.

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2011 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMJV

Viele der Vorhaben für den Bereich der Rechts- und Verbraucherschutzpolitik sind bereits aus dem Stockholmer Programm vom 10.12.2009 (EB 21/09), dem Arbeitsprogramm für 2010 und aus der jüngsten Mitteilung zur Unionsbürgerschaft (EB 18/10) bekannt.

- „Strategische Initiativen“ für 2011



- Weitere mögliche Initiativen für 2011
- Weitere mögliche Initiativen für 2012-2014

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1399&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION: MITTEILUNG ZUM DATENSCHUTZ

Die Kommission hat – mit etwas Verzögerung – am 04.11.2010 eine Mitteilung zum Datenschutz angenommen. Darin werden einerseits die verschiedenen Herausforderungen für den Datenschutz angesichts der Globalisierung aufgezeigt und andererseits der Grundrechtscharakter des Datenschutzes nach der EU-Grundrechte-Charta dargestellt; insbesondere wird auf die Probleme des Datenschutzes in sozialen Online-Netzwerken und der darin erfolgenden Datenerhebung und -sammlung hingewiesen. Bis zum 15.01.2011 können sich Interessierte an der Anhörung beteiligen.

http://ec.europa.eu/justice/news/consulting_public/news_consulting_0006_en.htm

KONSULTATION ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Die Kommission führt eine öffentliche Anhörung zur Notwendigkeit von Maßnahmen auf EU-Ebene im Bereich der Korruptionsbekämpfung durch, insbesondere zur Einführung von Berichterstattungspflichten der Mitgliedstaaten. Die Konsultationsfrist zur Einreichung des Fragebogens endet am 03.12.2010.

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/consulting_public/consulting_0007_en.htm

BANKGEBÜHREN SOLLEN TRANSPARENTER WERDEN

Die Kommission traf sich am 09.11.2010 mit Vertretern des Bankwesens und des Verbraucherschutzes, um eine Initiative ins Leben zu rufen, die die Kosten für Bankkonten für den Konsumenten transparent und vergleichbar machen soll. Ab 2012 sollen die Verbraucher von deren Ergebnissen profitieren.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

EP VERABSCHIEDET AIFM-RICHTLINIE

Das EP und der Rat hatten am 26.10.2010 im Trilogverfahren eine Einigung über die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM)



erzielt. Am 11.11.2010 hat das EP den gefundenen Kompromiss nunmehr auch formal im Plenum gebilligt. Mit der AIFM-Richtlinie werden die Manager u.a. von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds in der EU erstmals einer Regulierung unterworfen. Nach der Richtlinie bedürfen diese Manager künftig einer aufsichtsbehördlichen Zulassung und unterliegen der Aufsicht. Ziel ist die Verbesserung des Investorenschutzes und die Stärkung der Finanzstabilität.

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20101110IPR93908/20101110IPR93908_de.pdf

JAHRESBERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES (ERH) ZUM HAUSHALTSJAHR 2009

Der ERH hat am 09.11.2010 seinen Bericht für das Haushaltsjahr 2009 veröffentlicht. Er bewertet die Budgetverwaltung für das Jahr 2009 insgesamt als zuverlässig. Die Fehlerquote ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen und betrug im Jahr 2009 erstmals weniger als 5 %. Allerdings lag die Fehlerquote nur in zwei Ausgabenbereichen (Wirtschaft und Finanzen; Verwaltungsausgaben) sowie im Bereich Einnahmen unter der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % (grüner Bereich in den Kategorien des ERH). Der Bereich Kohäsion, auf den fast ein Drittel der Haushaltsmittel entfällt, ist nach wie vor der am stärksten fehlerbehaftete Bereich. Zwar ist in diesem Bereich eine positive Tendenz zu verzeichnen, es weisen aber immer noch 36 % der Zahlungen für Projekte Fehler auf (2008: 43 %; 2007: 54 %). Bezogen auf das Volumen der Zahlungen ergibt dies eine Fehlerquote von über 5 % (roter Bereich in den Kategorien des ERH). Die übrigen Ausgabenbereiche liegen mit einer Fehlerquote zwischen 2 und 5 % im gelben Bereich.

http://eca.europa.eu/portal/page/portal/eca_main_pages/home

SONDERBERICHT DES ERH ZUR PRÜFUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSVERFAHRENS

Der ERH hat im Rahmen eines Sonderberichts das Rechnungsabschlussverfahren der EU daraufhin untersucht, ob die festgelegten Ziele erreicht und die notwendigen Informationen zur Genauigkeit der Rechnungen sowie zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Agrarzahlungen vorliegen. Die Agrarausgaben werden weitgehend nach dem Prinzip der geteilten Mittelverwaltung von den Mitgliedstaaten und der Kommission gemeinsam verwaltet: Die Beihilfe an die Landwirte wird von nationalen Zahlstellen ausgezahlt und



diesen anschließend von der Kommission erstattet. Über die endgültige Anerkennung der Ausgaben durch die Kommission wird im Rahmen eines zweistufigen Rechnungsabschlussverfahrens entschieden. Der ERH empfiehlt aufgrund etlicher aufgezeigter Mängel eine umfassende Überprüfung und anschließende Reform des Rechnungsabschlussverfahrens.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/10/34&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEITET KONSULTATION ZUM WEITEREN VORGEHEN BEI RATINGAGENTUREN EIN

Die Kommission hat am 05.11.2010 eine Konsultation zum weiteren Vorgehen bei der Regulierung der Ratingagenturen eingeleitet. Die jüngsten Entwicklungen bei der Staatsschuldenkrise im Euroraum haben aus Sicht der Kommission gezeigt, dass bestimmte Aspekte des derzeitigen Regulierungsrahmens erneut überprüft werden müssen. Bei der Konsultation geht es vor allem darum, welche Rolle die Ratings selbst spielen und welche Auswirkungen sie auf die Märkte haben können. Die Kommission wirft die Frage auf, wie ein übermäßiges Vertrauen in Ratings vermieden und Investoren in die Lage versetzt werden können, eigene zusätzliche Prüfungen auf fundierter Grundlage durchzuführen. Weitere zentrale Punkte sind u. a. die Verbesserung der Transparenz, der Überwachung, der Methodik und der Verfahren von Staatsanleihe-Ratings in der EU sowie die Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den Ratingagenturen und eine stärkere Diversifizierung im Ratingsektor durch die Gründung neuer Ratingagenturen. Die Konsultation läuft noch bis 07.01.2011. Ausgehend von den Ergebnissen der Konsultation will die Kommission in den ersten Monaten des Jahres 2011 über konkrete politischen Initiativen entscheiden.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/cra_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT DEN FÜNFTEN KOHÄSIONSBERICHT

Die Kommission hat am 10.11.2010 ihren „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik“ vorgelegt. Dieser Bericht ist nach der von der Kommission bereits am 19.10.2010 veröffentlichten Mitteilung zur Reform des EU-Haushalts („budget review“) ein weiterer Schritt zur Vorbereitung der Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Der nächste Schritt wird dann die für 17.11.2010



erwartete Mitteilung zur gemeinsamen Agrarpolitik sein. Der Kohäsionsbericht enthält verschiedene Optionen für die Anpassung der Kohäsionspolitik ab 2014. Die Kohäsionspolitik soll auch künftig alle Regionen und Mitgliedsstaaten umfassen und sich am wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Regionen orientieren. Die Finanzierung soll sich künftig aber auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentrieren, die mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“ für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum im Einklang stehen. Daneben werden strengere Auflagen sowie Anreize vorgeschlagen, um eine wirksame Nutzung der Mittel zu gewährleisten und eine stärkere Ergebnisorientierung zu erreichen (u. a. auch finanzielle Anreize und Sanktionen im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt). Gleich mit dem Kohäsionsbericht hat die Kommission auch eine Konsultation gestartet. Stellungnahmen können bis 31.01.2011 eingereicht werden. Konkrete Legislativvorschläge zur künftigen Kohäsionspolitik wird die Kommission – nach Vorlage der Vorschläge zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (angekündigt für Juni 2011) – im Sommer 2011 unterbreiten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU EINEM MÖGLICHEN GEMEINSAMEN RECHTSRAHMEN FÜR WERTPAPIERBESITZ UND WERTPAPIERGESCHÄFTE

Die Kommission arbeitet zurzeit an einem Entwurf einer Richtlinie betreffend die Rechtssicherheit von Wertpapierverwahrung und -verfügungen (Wertpapierrechtsrichtlinie-WRR). Diese Richtlinie soll die folgenden drei Bereiche abdecken: Rechtsrahmen für Erwerb von und Verfügung über Wertpapiere die mittels Kontoführer verwahrt werden; Rechtsrahmen hinsichtlich der Ausübung von Rechten aus dem Wertpapier (insbesondere in grenzüberschreitenden Sachverhalten); Unterstellung der Wertpapierverwahrung und -verwaltung unter ein angemessenes Aufsichtsregime. Zu diesem Thema hatte bereits im Jahr 2009 eine Konsultation stattgefunden. Am 05.11.2010 hat die Kommission eine weitere Konsultation zur möglichen Harmonisierung des rechtlichen Rahmens für Wertpapierbesitz und -geschäfte eingeleitet. Die Konsultation läuft bis 01.01.2011.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/securities_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT DEN FÜNFTEN KOHÄSIONSBERICHT

Die Kommission hat am 10.11.2010 ihren „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik“ vorgelegt. Im Bericht werden die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation sowie die Trends in den Regionen der EU umfassend bewertet und verschiedene Optionen für die Anpassung der Politik ab dem Jahr 2014 erläutert. Nach Ansicht der Kommission müssen sich kohäsionspolitische Investitionen künftig eng an den Zielen der Strategie „Europa2020“ ausrichten und auf eine begrenzte Zahl an Prioritäten konzentrieren. Ferner werden strengere Auflagen sowie Anreize vorgeschlagen, um eine wirksame Nutzung der kohäsionspolitischen Mittel zu gewährleisten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/index_de.htm

KOMMISSION LEGT ENERGIESTRATEGIE 2020 VOR

Die Kommission hat am 10.11.2010 die Mitteilung „Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie“ vorgelegt. Es handelt sich um einen Fahrplan für energiepolitische Maßnahmen in den kommenden Jahren, d. h. um Ankündigungen, nicht bereits um konkrete Rechtssetzungs- oder Maßnahmenvorschläge. Die Kommission geht von einem erheblichen öffentlichen und privaten Investitionsbedarf aus, um Energieeinsparziele sowie langfristige Versorgungssicherheit zu erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

HANDELSMITTEILUNG DER KOMMISSION: BEKENNTNIS ZUM ABSCHLUSS DER DOHA-RUNDE DER WTO, ABER ZUGLEICH BETONUNG DER ROLLE BILATERALER ABKOMMEN

Die am 09.11.2010 vorgestellte Mitteilung mit dem Titel „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ erörtert Möglichkeiten, den weltweiten Handel zu fördern und daraus für die EU Vorteile zu sichern. Die Kommission bekennt sich dabei zum Abschluss der Doha-Runde noch im Jahr 2011 ebenso wie zu Fortschritten bei bilateralen Handelsabkommen sowohl weltweit als auch in besonders



intensiver Weise mit EU-Nachbarstaaten. Sie kündigt für die nächste Zeit insgesamt 13 Maßnahmen an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1484&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP-PLENUM BESCHLIESST RICHTLINIE ÜBER DIE VERWALTER ALTERNATIVER INVESTMENTFONDS (AIFM)

Das Plenum des EP hat am 11.11.2010 auf Grundlage des zuvor mit Rat und Kommission erzielten Kompromisses der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM) zugestimmt. Damit werden die Manager u. a. von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds in der EU erstmals einer Regulierung unterworfen. Sie bedürfen künftig einer aufsichtsbehördlichen Zulassung und unterliegen einer fortlaufenden Aufsicht. Soweit Manager die Vorgaben der Richtlinie einhalten, können sie im Gegenzug EU-weit alternative Fonds ohne Beschränkungen vertreiben und Fonds in anderen Mitgliedstaaten ohne weitere Genehmigung auflegen (sog. „EU-Pass“).

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101110IPR93908>

NEUE RICHTLINIE ÜBER INDUSTRIEEMISSIONEN ERLASSEN

Der Rat der Justiz- und Innenminister hat am 08.11.2010 die Neufassung der Richtlinie 96/61/EG über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) formal angenommen. Zuvor war im Juni dieses Jahres im Trilog eine Einigung zwischen Rat, Kommission und EP erzielt worden (s. EB Nr. 12/2010). Mit der neuen Richtlinie werden strengere Emissionsgrenzwerte festgelegt und sieben bereits existierende Rechtsakte zusammengefasst und aktualisiert. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann eine Frist von zwei Jahren, um die Richtlinie umzusetzen, wobei es für bereits bestehende Anlagen Übergangsfristen gibt (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://ec.europa.eu/environment/air/pollutants/stationary/index.htm>

RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR ENDLAGERUNG VON KERNABFÄLLEN

Am 03.11.2010 hat der Kommissar für Energie, *Günther Oettinger*, einen Richtlinienvorschlag zur endgültigen Lagerung von nuklearem Abfall vorgelegt (KOM(2010) 618 final). Die 14 Mitgliedstaaten, die über Kernkraftwerke verfügen, werden aufgefordert, der Kommission bis 2015 Pläne für den Bau und



den Betrieb eines Endlagers zu präsentieren. Die Kommission strebt im Rahmen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) einen Rechtsrahmen an, der sich verbindlich nach den Sicherheitsstandards der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) richtet und der alle Etappen der Entsorgung radioaktiver Stoffe umfasst (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/waste_management/doc/2010_11_03_proposal_directive_radiactive_waste.pdf

http://www-pub.iaea.org/MTCD/publications/PDF/Pub1273_web.pdf

KOMMISSION KONSULTIERT ZU WEITEREM VORGEHEN BEI DER REGULIERUNG VON RATINGAGENTUREN

Die Kommission hat am 05.11.2010 eine Konsultation eingeleitet, mit der die Positionen der interessierten Öffentlichkeit zu möglichen weiteren Maßnahmen der Regulierung von Ratingagenturen eingeholt werden. Dabei geht es vor allem um die Rolle von Ratings im Markt und die Möglichkeiten, Marktverwerfungen durch Ratings zu reduzieren. Angesprochen werden dabei u. a. eine Reduzierung von Gesetzesverweisen auf Ratingergebnisse, um deren Rolle und ein übergroßes Vertrauen zu begrenzen. Zudem werden Möglichkeiten zur Verbesserung der Wettbewerbssituation im Ratingmarkt erörtert, der bisher durch eine nur kleine Zahl großer Teilnehmer gekennzeichnet ist. Ebenfalls erwägt die Kommission die Einführung eines EU-weiten einheitlichen Haftungsregimes. Die Kommission möchte schließlich Näheres zu möglichen Interessenkonflikten erfahren, die sich aus der bestehenden Praxis des „zahlenden Emittenten“ ergeben, d. h. aus dem Umstand, dass ein Unternehmen sein eigenes Rating in Auftrag gibt und bezahlt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1471&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU EINEM MÖGLICHEN GEMEINSAMEN RECHTSRAHMEN FÜR WERTPAPIERBESITZ UND WERTPAPIERGESCHÄFTE

Die Kommission hat am 05.11.2010 eine Konsultation zur möglichen Harmonisierung des rechtlichen Rahmens für Wertpapierbesitz und -geschäfte (Wertpapierrechtsrichtlinie-WRR) eingeleitet. Die Kommission stellt dabei gut 20 verschiedene Grundprinzipien zur Diskussion, die einer zukünftigen Regulierung zu Grunde liegen könnten. Dies betrifft insbesondere folgende Bereiche: Erwerb von und Verfügung über Wertpapiere, die mittels Kontoführer verwahrt



werden; Ausübung von Rechten aus dem Wertpapier (insbesondere in grenzüberschreitenden Sachverhalten); Aufsichtsregime für Wertpapierverwahrung und -verwaltung.

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/securities_en.htm

KONSULTATION ZUR NACHFOLGE DES CIP-PROGRAMMS AB 2014

Die Kommission hat am 08.11.2010 eine öffentliche Konsultation zur Ausgestaltung eines möglichen Nachfolgeprogramms für das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP, Competitiveness and Innovation Framework Programme, 2007 - 2013) eingeleitet. Die Teilnahme an der Befragung ist bis zum 04.02.2011 möglich.

http://ec.europa.eu/cip/public_consultation/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EUGH: VERÖFFENTLICHUNG DER EMPFÄNGER VON AGRARBEIHILFEN IST UNVERHÄLTNISSMÄßIG

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat am 09.11.2011 in den verbundenen Rechtsachen C-92/09 und C-93/09 das Urteil verkündet. Darin wird festgestellt, dass die Veröffentlichung personenbezogener Daten der Empfänger von Agrarbeihilfen und die genauen Beträge, die sie erhalten haben, im Hinblick auf das Ziel der Transparenz unverhältnismäßig ist. Die entsprechenden Rechtsvorschriften der EU sind deshalb teilweise ungültig. Das Gericht erklärt jedoch auch, dass dieses Urteil es nicht zulässt, die bereits vor der Urteilsverkündung erfolgten Veröffentlichungen in Frage zu stellen.

Pressemitteilung EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-11/cp100110de.pdf>

Pressemitteilung Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

<http://www.stmelf.bayern.de/presse/2010/40332/index.php>

AGRARAUSSCHUSS FÜR VERLÄNGERUNG DES DEUTSCHEN BRANNTWEINMONOPOLS

Der Agrarausschuss des EP hat ohne Gegenstimmen für die Verlängerung staatlicher Beihilfen im Rahmen des deutschen Branntweinmonopols ge-



stimmt. Die Förderung der Produktion von Alkohol aus Getreide und Kartoffeln in örtlichen landwirtschaftlichen Brennereien könnte danach über das Jahresende hinaus verlängert werden, soll aber bis 2013 stufenweise abgebaut werden. Nach dem Willen der Abgeordneten des Agrarausschusses sollen auch die staatlichen Hilfen für kleinere Brennereien (max. 300 l Jahresproduktion) bis 2017 erlaubt bleiben. Bei Vorgesprächen im Juli widersprachen auch die EU-Agrarminister nicht dem deutschen Antrag auf Verlängerung staatlicher Beihilfen im Rahmen des Branntweinmonopols. Der Vorschlag der Kommission für die Ausnahmeregelung hat jedoch deutlich gemacht, dass das Monopol bis 2018 abzuschaffen ist. Der Zustimmung des Agrarausschusses folgt eine Plenarabstimmung Ende November. Die Verlängerung des Branntweinmonopols könnte so noch vor Ende des Jahres beschlossen werden.

RÜCKFORDERUNG VON AGRARMITTELN DURCH KOMMISSION

Die Kommission fordert laut einem Beschluss vom 05.11.2010 insgesamt 578,5 Mio. € an vorschriftswidrig ausgegebenen Agrarmitteln von den Mitgliedstaaten zurück. Diese fließen aufgrund der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften und unzureichenden Kontrollverfahren für Agrarausgaben wieder in den EU-Haushalt zurück. Die größten Strafzahlungen fallen auf Griechenland (347,4 Mio. €), vor allem wegen Mängeln bei dem System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen (LPIS-GIS), gefolgt von Rumänien (46 Mio. €). Weitere Mitgliedstaaten, denen hohe Strafen wegen Mängeln im LPIS-GIS bevorstehen, sind Portugal, Italien und Bulgarien. Insgesamt stellten Unregelmäßigkeiten bei der Bereitstellung von flächenbezogenen Beihilfen den Bereich mit den meisten Mängeln dar (313,8 Mio. €), gefolgt von fehlendem Nachdruck bei der Anwendung von Tierprämien (57 Mio. €).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1470&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF MONIERT GROßE SCHWÄCHEN IM RECHNUNGSABSCHLUSS-VERFAHREN

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat in einem Sonderbericht am 29.10.2010 das Konformitätsabschluss-Verfahren der Kommission zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Ausgaben kritisiert. Laut dem ERH hat das Verfahren große Schwächen, die das eigentliche Ziel, nämlich irreguläre Zahlungen auszuschließen, beeinträchtigen. In dem Bericht wird die Überwachung der



landwirtschaftlichen Ausgaben in den Finanzjahren 2007 und 2008 untersucht und empfohlen, das Abschluss-Verfahren teilweise zu reformieren. Als Probleme werden insbesondere der Gebrauch von Pauschalberichtigungen und die Länge des Verfahrens genannt. Pauschalberichtigungen stellten laut Bericht keine Basis für eine angemessene Bestimmung der Gesamtsumme an irregulären Zahlungen dar. Zudem gingen die Kosten für die Berichtigungen, die in den Mitgliedstaaten erhoben werden, eher zu Lasten des Steuerzahlers als zu Lasten der „Landwirte und Händler, die die irregulären Zahlungen erhalten“. Die Kommission wies die Kritik des ERH zurück.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/5644727.PDF>

ZUSATZABGABE MILCH IM QUOTENJAHR 2009/2010 BEI 19 MIO. €

Die EU-Milchlieferungen im Quotenjahr 2009/2010 lagen 10 Mio. t (6,9 %) unterhalb der Quote. Laut vorläufigen von der Kommission am 29.10.2010 veröffentlichten Daten, überschritten nur Dänemark, die Niederlande und Zypern die Quotengrenze. Diese Zahlen bestätigen frühere Aussagen von EU-Agrarkommissar *Dacian Cioloș*. Daraus berechnet sich für die Zusatzabgabe ein Betrag von knapp 19 Mio. €. Im Vergleich dazu ergaben die Berechnungen im vorherigen Jahr Zusatzabgaben von 99 Mio. € und 340 Mio. € in 2007/2008. Die Produktion Italiens lag zum ersten Mal unterhalb der Quotenhöchstgrenze (-3,7 % im Vergleich zu +1,5 % im Jahr zuvor), vor allem aufgrund der Quotenerhöhung im Rahmen des „Health Check“ und einer leicht gesunkenen italienischen Produktion.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1454&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

AGRARAUSSCHUSS: IMKEREI BRAUCHT MEHR EU-HILFE

Nach dem Entschließungsentwurf des Agrarausschusses des EP brauchen Europas Imker mehr finanzielle Unterstützung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Bienensterben könnten gravierende Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion haben. Deshalb solle sich die EU-Veterinärpolitik mehr um die Bekämpfung der Ursachen von Bienensterben kümmern. Die Kennzeichnung von Honig, der in der EU verkauft wird, solle Informationen über die Qualität und Herkunft enthalten. Die Bezeichnung „Honig“ solle nur für Produkte erlaubt sein, deren Zuckeranteil zu mindestens 50 % aus Honig stamme. Das Plenum wird über den Vorschlag im November



abstimmen.

2,8 MIO. TONNEN GETREIDE AUS INTERVENTIONSLAGERN ZUM VERKAUF FREIGEgeben

Am Freitag, den 29.10.2010, gab die EU ihre Zustimmung zum Verkauf von 2,8 Mio. t Getreide aus den Interventionslagern der Mitgliedstaaten. Der Verwaltungsausschuss für die Gemeinsame Marktordnung bestätigte den Vorschlag der Kommission, den Verkauf von Weizen und Gerste aus den Interventionslagern auf den EU-Markt zu ermöglichen. Die gesamte Menge, die zum Verkauf auf dem Markt bereitgestellt wird, beträgt 88.112 t Weizen und 2,71 Mio. t Gerste. Die übrigen Lagerbestände werden für das Programm zur Hilfe von Bedürftigen innerhalb der EU verwendet.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2011: PRIORITÄTEN AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Die Kommission hat am 27.10.2010 ihre Prioritäten für das Jahr 2011 beschlossen. Das Arbeitsprogramm wird ergänzt durch einen umfangreichen Anhang, der u.a. eine Liste mit strategischen Initiativen, die die Kommission 2011 anstoßen will, sowie eine Übersicht über weitere mögliche Initiativen, die 2011 bzw. bis zum Ende der Amtszeit der Kommission erarbeitet werden sollen, umfasst. Inhaltlich stützt sich die Agenda auf die Umsetzung der Europa 2020-Strategie und spiegelt die fünf Schwerpunkte von Präsident *José Manuel Barroso* für seine zweite Amtszeit wider. Aus dem Geschäftsbereich des StMAS kündigt die Kommission u.a. einen Legislativvorschlag zur verbesserten Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern (96/71/EG), die Anpassung der Richtlinie über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (2003/88/EG) und ein Weißbuch zu Renten und Pensionen an. Zudem wird auf die Aufnahme von Arbeiten an einem Qualitätskonzept bzgl. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verwiesen.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm



EUROPÄISCHER RAT AM 28./29.10.2010 UND DREIGLIEDRIGER SOZIALGIPFEL AM 28.10.2010 IN BRÜSSEL: WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOORDINIERUNG

Im Mittelpunkt der Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 28./29.10.2010 stand die Frage der wirtschaftspolitischen Koordinierung zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der Europäische Rat billigte den Bericht der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“. Am Rande der Sitzung des Europäischen Rates fand auch ein sog. „dreigliedriger Sozialgipfel“ statt, an dem neben Vertretern des Rates und der Kommission auch Repräsentanten der europäischen Sozialpartner teilnahmen. Dabei lag der Schwerpunkt – auf der Grundlage des Abschlussberichts und vor dem Hintergrund der vom Beschäftigungs- und Sozialministerrat am 21.10.2010 angenommenen Schlussfolgerungen (s. EB 18/2010) – ebenfalls auf Fragen der wirtschaftspolitischen Steuerung.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2010/10/20101028_speeches_3_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT DEN FÜNFTEN KOHÄSIONSBERICHT

Die Kommission hat am 10.11.2010 ihren „Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik“ vorgelegt. Im Bericht werden die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation sowie die Trends in den Regionen der EU umfassend bewertet und verschiedene Optionen für die Anpassung der Politik ab dem Jahr 2014 erläutert. Vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsüberprüfung unterstreicht der Bericht, dass sich die kohäsionspolitischen Investitionen künftig eng an den Zielen der Strategie „Europa2020“ ausrichten und sich auf eine begrenzte Zahl an Prioritäten konzentrieren müssen. Ferner werden strengere Auflagen sowie Anreize vorgeschlagen, um eine wirksame Nutzung der kohäsionspolitischen Mittel zu gewährleisten (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1490&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ANTIDISKRIMINIERUNG: KOMMISSION STELLT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND EIN

Die Kommission hat am 28.10.2010 auf Initiative der EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, *Viviane Reding*, das Vertragsverletzungs-



verfahren gegen Deutschland wegen unkorrekter Umsetzung von zwei EU-Rechtsakten zur Gleichbehandlung eingestellt. Die Vorschriften betreffen die Richtlinie zur „Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ (2000/78/EG) sowie die Richtlinie zur „Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ (2000/43/EG), die in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgesetzt wurden. Nach Auffassung der Kommission hat Deutschland inzwischen beide Richtlinien ordnungsgemäß umgesetzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1429&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROSTAT: REGIONALE ERWERBSLOSENQUOTEN VARIIEREN DEUTLICH IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die regionalen Erwerbslosenquoten in der Europäischen Union variierten im Jahr 2009 nach Informationen der EU-Statistikbehörde Eurostat beträchtlich. Nach Mitteilung vom 27.10.2010 reichten sie von 2,1 % in der Region Zeeland in den Niederlanden bis 27,1 % im französischen Überseedepartment Réunion. In der vorgelegten Statistik auf der Grundlage der EU-Arbeitskräfteerhebung ist für Deutschland ein Wert von 7,7 %, für Bayern in Höhe von 5,0 % erfasst. Einen Anstieg der Erwerbslosenquote verzeichnete Eurostat zwischen 2008 und 2009 in 90 % der 271, im Rahmen der Systematik für Gebietseinheiten für die Statistiken (NUTS) erfassten Regionen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/159&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

DROGENKONSUM STELLT EUROPA VOR NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) hat am 10.11.2010 ihren Jahresbericht 2010 zum Stand der Drogenproblematik in Europa vorgestellt. Die aktuellen Daten zeigen, dass Heroin Europas größtes Drogenproblem darstellt. In der EU und in Norwegen gibt es etwa 1,35 Millionen Opioidkonsumenten, von denen die meisten Heroinkonsumenten sind. Das entspricht 0,4 % der erwachsenen Bevölkerung. Weit verbreitet ist auch der Konsum mehrerer Substanzen (polyvalenter Drogenkonsum). Dabei werden sowohl illegale Drogen als auch legale Substanzen wie Alkohol und Tabak



konsumiert. Bereits am 09.11.2010 hat die Kommission ihren Fortschrittsbericht 2010 zum EU-Drogenaktionsplan (2009-2012) veröffentlicht, der sich auf das gesamte Jahr 2009 und das erste Halbjahr 2010 bezieht. Danach gab es vergangenes Jahr in der EU schätzungsweise 25 bis 30 Millionen Konsumenten illegaler Drogen. Außerdem hat der Rat am 08.11.2010 Schlussfolgerungen zur Prävention und Verminderung von Risiken im gesundheitlichen und sozialen Bereich, die mit dem Konsum von illegalen Drogen im Rahmen der Freizeitgestaltung im Zusammenhang stehen, vorgelegt (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_120104_DE_EMCDDA_AR2010_DE.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

INFORMELLE TAGUNG DER EUROPÄISCHEN SPORTMINISTER AM 21./22.10.2010

Unter Vorsitz des flämischen Sportministers *Philippe Muyters* diskutierten die europäischen Sportminister im Rahmen ihrer informellen Ratstagung am 21./22.10.2010 in Antwerpen über zukünftige sportpolitische Initiativen der EU, Anti-Doping, Ausbildung im Sport sowie soziale Integration im und durch den Sport. EU-Kommissarin *Androulla Vassiliou* teilte mit, dass die seit langem angekündigte Kommissionsmitteilung zu den Prioritäten und Aktionsbereichen der EU im Bereich des Sports noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll.

EU FEIERT 15-JÄHRIGES BESTEHEN DES PROGRAMMS LEONARDO DA VINCI

Mit einer Konferenz in Brüssel feierte die EU das 15-jährige Bestehen des Programms Leonardo da Vinci, das als Teil des EU-Programms für Lebenslanges Lernen seit 1995 Mobilitätsmaßnahmen, Partnerschaften und multilaterale Projekte im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung fördert.

Informationen zu Leonardo stehen unter folgender Internetadresse zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc82_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst



EP UNTERSTÜTZT VORSCHLAG FÜR „EUROPÄISCHES KULTURERBE-SIEGEL“

Der Kultur- und Bildungsausschuss des EP unterstützte in seiner Sitzung am 27.10.2010 den Vorschlag der Kommission zur Verleihung eines „Europäischen Kulturerbe-Siegels“ in den EU-Mitgliedstaaten. Die Auszeichnung sollen Kulturstätten oder Erinnerungsorte erhalten, die für die europäische Geschichte von großer Bedeutung sind. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, jeden Mitgliedstaat in zweijährigem Rhythmus bis zu zwei Auswahlmöglichkeiten benennen zu lassen, von denen die Kommission dann mit Hilfe unabhängiger Experten die endgültigen Gewinner kürt. Im Dezember will das EP über den Kommissionsvorschlag abstimmen. Das Auswahl- und Vergabeverfahren für das „Kulturerbe-Siegel“ ist allerdings unter den Mitgliedstaaten sowie zwischen Rat und Kommission noch umstritten. Am 18.11.2010 wird die belgische Ratspräsidentschaft im Kulturministerrat deshalb nur einen Sachstandsbericht geben.

Bericht über den Kommissionsvorschlag:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+COMPARL+PE-
442.830+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-442.830+01+DOC+PDF+V0//DE&language=DE)

JAHRESKONFERENZ DER EUA: DISKUSSION ÜBER HOCHSCHULREFORMEN

Vom 20. - 23.10.2010 trafen sich über 300 Hochschulvertreter aus ganz Europa in Palermo zur alljährlichen Konferenz der European University Association (EUA), einem Zusammenschluss von Bildungsinstitutionen aus 46 Staaten, um über aktuelle Herausforderungen für die Hochschulsysteme zu diskutieren. Auf die vielfachen Reformen im europäischen Hochschulwesen und in der Forschungspolitik sowie auf die Kürzung der staatlichen Finanzierung in einigen Staaten, antworten die Universitäten quer durch Europa mit einer Schärfung ihrer eigenen unverkennbaren Universitätsprofile. Die Hochschulvertreter diskutierten darüber, wie sie dazu ihren Lehr- und Forschungsbetrieb modernisieren und absichern können. Als Lösungsansätze wurde insbesondere herausgearbeitet, diversifizierte, also verstärkt nicht-staatliche, Finanzierungsquellen zu erschließen, erfolgreiche Forschungspartnerschaften mit einer möglichst breiten Auswahl an Partnern zu etablieren sowie Anreize und Entwicklungsmöglichkeiten für ihr Lehrpersonal anzubieten.



Weitere Informationen:

<http://www.eua.be/Palermo.aspx>

WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 10.11.2010 IN BRÜSSEL

Am 10.11.2010 tagte ein außerordentlicher Wettbewerbsfähigkeitsrat, der sich in öffentlicher Sitzung ausschließlich mit dem umstrittenen Sprachenregime des künftigen EU-Patents befasste. Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass das EU-Patent entweder auf Englisch, Französisch oder Deutsch erteilt wird und die Patentansprüche vom Antragsteller (nur) in die jeweils anderen Sprachen übersetzt werden müssen. Wie zu erwarten war, konnte auch diesmal nicht die nach Art. 118 Abs. 2 AEUV notwendige Einstimmigkeit erzielt werden, weil dieser Ansatz in Spanien und Italien auf erbitterten Widerstand stößt (vgl. EB 17/10). Das Thema wird auf dem nächsten WBF-Rat am 25./26.11.2010 erneut aufgerufen werden. Als möglicher nächster Schritt wird die Einleitung des Verfahrens der Verstärkten Zusammenarbeit genannt; allerdings ist umstritten, ob für die Einleitung des Verfahrens Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist oder ob eine Mehrheitsentscheidung möglich ist. Danach würde eine EU-Regelung nicht in allen 27 Mitgliedstaaten gelten, sondern nur in denjenigen, die sich der Verstärkten Zusammenarbeit anschließen. (S. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2011 – SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMUG

Der Schwerpunkt des Arbeitsprogramms 2011 liegt auf der Bewältigung der Finanz- und Währungskrise, so dass Umwelt- und gesundheitspolitische Zielsetzungen nicht im unmittelbaren Fokus stehen. Unter dem Schwerpunkt „Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch beschleunigte Umsetzung der Strategie EUROPA 2020“ soll die im Arbeitsprogramm 2010 begründete Leitinitiative „ressourcenschonendes Europa“ weiter verfolgt werden. Im Rahmen der Evaluierung der Berufsanerkennungs-Richtlinie möchte die Kommission einen Bewertungsbericht sowie ein Grünbuch vorlegen, das u.a. die Gesundheitsberufe betrifft. Im Bereich des Tierschutzes und der Tiergesundheit erarbeitet die Kommission eine zweite EU-Strategie für 2011 bis 2015, die eine Basis für künftige Maßnahmen bildet und die auch deren Kosten



und Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors mit einbezieht.

Arbeitsprogramm 2011:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2011_de.pdf

Anhänge:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2011_annex_en.pdf

RICHTLINIENVORSCHLAG FÜR ENDLAGERUNG VON KERNABFÄLLEN

Am 03.11.2010 hat der Kommissar für Energie, *Günther Oettinger*, einen Richtlinienvorschlag zur endgültigen Lagerung von nuklearem Abfall vorgelegt (KOM(2010) 618 final). Die 14 Mitgliedstaaten, die über Kernkraftwerke verfügen, werden aufgefordert, der Kommission bis 2015 Pläne für den Bau und den Betrieb eines Endlagers zu präsentieren. Die Kommission strebt im Rahmen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) einen Rechtsrahmen an, der sich verbindlich nach den Sicherheitsstandards der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) richtet und der alle Etappen der Entsorgung radioaktiver Stoffe umfasst.

Richtlinienvorschlag für die Entsorgung radioaktiver Abfälle:

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/waste_management/doc/2010_11_03_proposal_directive_radiactive_waste.pdf

IAEO-Sicherheitsstandards:

http://www-pub.iaea.org/MTCD/publications/PDF/Pub1273_web.pdf

NEUE RICHTLINIE ÜBER INDUSTRIEEMISSIONEN ERLASSEN

Der Rat der Justiz- und Innenminister hat am 08.11.2010 die Neufassung der Richtlinie 96/61/EG über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) formal angenommen. Zuvor war im Juni dieses Jahres im Trilog eine Einigung zwischen Rat, Kommission und EP erzielt worden (s. EB Nr. 12/2010). Mit der neuen Richtlinie werden strengere Emissionsgrenzwerte festgelegt und sieben bereits existierende Rechtsakte zusammengefasst und aktualisiert. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Die Mitgliedstaaten haben dann eine Frist von zwei Jahren, um die Richtlinie umzusetzen, wobei es für bereits bestehende Anlagen Übergangsfristen gibt.

<http://ec.europa.eu/environment/air/pollutants/stationary/index.htm>



KOMMISSION SCHLÄGT REDUKTION VON PHOSPHATEN IN WASCHMITTELN VOR

Die Kommission hat am 04.11.2010 einen Verordnungsvorschlag für eine Beschränkung der Verwendung von Phosphaten und von phosphorhaltigen Verbindungen in Haushaltswaschmitteln vorgelegt. Durch den Entwurf soll versucht werden, die divergierenden Regulierungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren und damit die in Abwässern vorhandene Menge an Phosphaten zu verringern, um die durch Eutrophierung bedrohte Wasserqualität zu verbessern. Hierfür sieht der Vorschlag vor, dass ab 01.01.2013 der Phosphorgehalt aller Haushaltswaschmittel auf dem EU-Markt auf 0,5 % des Gesamtgewichts der Erzeugnisse begrenzt wird.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/chemicals/files/detergents/com-2010-597-act_en.pdf

LEITLINIEN FÜR DIE NUTZUNG VON WINDENERGIE IN „NATURA 2000“-GEBIETEN

Am 29.10.2010 hat die Generaldirektion Umwelt der Kommission Leitlinien zur Nutzung von Windkraftanlagen in „Natura 2000“-Gebieten („Wind energy developments and natura 2000“) veröffentlicht. Diese sollen eine Hilfestellung bieten, wie Konflikte beim Ausbau der Windenergienutzung in „Natura 2000“-Schutzgebieten zukünftig vermieden werden können. Die Leitlinien stellen fest, dass der Bau von Windkraftanlagen in „Natura 2000“-Schutzgebieten grundsätzlich möglich ist, zur Realisierung solcher Projekte es jedoch immer einer Einzelfallbewertung bedarf. Umweltkommissar *Janez Potočnik* unterstrich hierfür die Bedeutung der sog. „strategischen Planung“, die eine angemessenen Qualitätsprüfung der Projekte sicherstellt. Anhand von Beispielen sollen die Leitlinien aufzeigen, „dass die Ziele für erneuerbare Energien unter Einhaltung der Artenschutzbestimmungen der EU erreicht werden“, betonte *Potočnik*. Es wurde aber klargestellt, dass hierfür keine Änderungen der bestehenden Rechtsvorschriften vorgenommen werden.

Leitlinien für Windenergie und Natura 2000:

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/Wind_farms.pdf

Windenergiepolitik der EU:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/wind_energy/wind_energy_en.htm



KOMMISSION LEGT ENERGIESTRATEGIE 2020 VOR

Die Kommission hat am 10.11.2010 die Mitteilung „Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie“ vorgelegt. Es handelt sich um einen Fahrplan für energiepolitische Maßnahmen in den kommenden Jahren, d. h. um Ankündigungen, nicht bereits um konkrete Rechtssetzungs- oder Maßnahmenvorschläge. Die Kommission geht von einem erheblichen öffentlichen und privaten Investitionsbedarf aus, um Energieeinsparungsziele sowie langfristige Versorgungssicherheit zu erreichen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DROGENKONSUM STELLT EUROPA VOR NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) hat am 10.11.2010 ihren Jahresbericht 2010 zum Stand der Drogenproblematik in Europa vorgestellt. Die aktuellen Daten zeigen, dass Heroin Europas größtes Drogenproblem darstellt. In der EU und in Norwegen gibt es etwa 1,35 Millionen Opioidkonsumenten, von denen die meisten Heroinkonsumenten sind. Das entspricht 0,4 % der erwachsenen Bevölkerung. Weit verbreitet ist auch der Konsum mehrerer Substanzen (polyvalenter Drogenkonsum). Dabei werden sowohl illegale Drogen als auch legale Substanzen wie Alkohol und Tabak konsumiert. Bereits am 09.11.2010 hat die Kommission ihren Fortschrittsbericht 2010 zum EU-Drogenaktionsplan (2009-2012) veröffentlicht, der sich auf das gesamte Jahr 2009 und das erste Halbjahr 2010 bezieht. Danach gab es vergangenes Jahr in der EU schätzungsweise 25 bis 30 Millionen Konsumenten illegaler Drogen. Außerdem hat der Rat am 08.11.2010 Schlussfolgerungen zur Prävention und Verminderung von Risiken im gesundheitlichen und sozialen Bereich, die mit dem Konsum von illegalen Drogen im Rahmen der Freizeitgestaltung im Zusammenhang stehen, vorgelegt.

Jahresbericht 2010 der EBDD:

http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_120104_DE EMCDDA_A R2010_DE.pdf

Fortschrittsbericht 2010 zum EU-Drogenaktionsplan (2009-2012):

http://ec.europa.eu/justice/news/intro/doc/com_2010_630_de.pdf

Schlussfolgerungen des Rates:



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/117558.pdf

EP-AGRARAUSSCHUSS: IMKEREI BRAUCHT MEHR EU-HILFE

Nach dem Entschließungsentwurf des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments (EP) brauchen Europas Imker mehr finanzielle Unterstützung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Bienensterben könnten gravierende Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion haben. Deshalb solle sich die EU-Veterinärpolitik mehr um die Bekämpfung der Ursachen von Bienensterben kümmern. Die Kennzeichnung von Honig, der in der EU verkauft wird, solle Informationen über die Qualität und Herkunft enthalten. Die Bezeichnung „Honig“ solle nur für Produkte erlaubt sein, deren Zuckeranteil zu mindestens 50 % aus Honig stamme. Das Plenum wird über den Vorschlag im November abstimmen (s. dazu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

NETZNEUTRALITÄT: KONSULTATION ERGIBT NAHEZU EINHELLIGE ZUSTIMMUNG ZUR ERHALTUNG EINES OFFENEN INTERNET

Die Auswertung der am 30.06.2010 von der Kommission eingeleiteten öffentlichen Konsultation zum Thema offenes Internet und Netzneutralität (EB 07/10) stellt fest, dass der Erhalt der Offenheit des Internet besondere Bedeutung zukomme. Hierzu seien, so die Kommission, zwar keine weiteren EU-Vorschriften gefordert worden, jedoch hätte die Befragung ergeben, dass künftig zusätzliche Leitlinien notwendig seien. Die Diskussion wird am 11.11.2010 auf dem „Netzneutralitätsgipfel“ fortgesetzt, bei dem die Kommission und das EP den bevorstehenden Kommissionsbericht über die Netzneutralität erörtern wollen.

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecom/library/public_consult/index_en.htm

NEUES ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION 2011: UMSETZUNG DER DIGITALEN AGENDA

Zu den strategischen Prioritäten des neuen Arbeitsprogramms der Kommission 2011 gehört u. a. die Umsetzung der Vorschläge aus der EU2020 Leitinitiative „Eine Digitale Agenda für Europa“ vom Mai 2010 (vgl. EB 10/10) durch auf



europäischer und nationaler Ebene einander ergänzende Maßnahmen.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/indes_de.htm

ACT-JAHRESKONFERENZ: PRIVATSENDER FORDERN FLEXIBLERE REGELN

Bei der jährlichen Konferenz der „Association of Commercial Television in Europe“ (ACT), dem europäischen Verband der Privatsender, am 09.11.2010 wurde betont, dass der europäische Sektor der Privatsender in einer guten wirtschaftlichen Situation sei. So seien die Werbeeinnahmen gestiegen, ebenso wie die Anzahl der Abonnenten von Bezahlfernsehen. Laut ACT trage der Rundfunkmarkt aktiv zum Wachstum und zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bei – so stünde es auch in der Digitalen Agenda. Gleichwohl forderte ACT, einen Dialog mit den EU-Behörden, um größere Flexibilität für die Regelungen kreativer Inhalte in den Medien zu ermöglichen.

www.acte.be

NETZSICHERHEIT: EU-EXPERTEN TESTEN ERSTMALS DIE ABWEHR VON SIMULIERTEN CYBERATTACKEN

Am 04.10.2010 starteten EU-Experten erstmals eine Simulation, um die Abwehr von simulierten Hackerangriffen auf kritische Online-Dienste zu testen. Neben den 27 EU-Mitgliedsstaaten nahmen auch Island, Norwegen und die Schweiz aktiv oder als Beobachter an der Übung „Cyber Europe 2010“ teil.

<http://www.enisa.europa.eu/>

http://ec.europa.eu/information_society/digital-agenda/index_en.htm

<http://www.gulli.com/news/cyber-europe-2010-erste-ergebnisse-der-cyberwarbung-bekanntgegeben-2010-11-05>

<http://www.golem.de/1011/79139.html>